

Unter dem Schutz Siegfrieds



Hitler und eine neue Religion für die Ostslawen

M.W. Schkarowski

Als die Nationalsozialisten den Angriff auf die UdSSR vortrugen, beabsichtigten sie die Religion in ihrem eigenen Interesse aktiv zu verwenden. Sie verfügten schon über reiche Erfahrung der Durchsetzung von ähnlicher Politik sowohl in Deutschland als auch in den besetzten Gebieten von Europa. Die Methoden und Praxis der kirchlichen Politik von Nationalsozialisten, die vor 1941 in verschiedenen unterworfenen europäischen Ländern geprüft wurden, wurden in den religiösen Organisationen der UdSSR angewendet. Außerdem, wurde solche Politik hier erheblich durch das allgemeine negative Verhalten zu Slawen und zu den Russen im Einzelnen bestimmt. Dabei machte die Politik von Nazideutschland den Orthodoxen Kirchen, vor allem der Russischen Orthodoxen Kirche gegenüber die wesentliche Evolution durch und wird in zwei verschiedene Etappen, vor Juni 1941 und danach, aufgeteilt.

Es gab die große Gruppe der Faktoren, die die Position der deutschen Ämter in dieser Frage bestimmen, unter anderem propagandistischer, ideologischer, militärer (die Situation auf der Ostfront), internationaler. Bei allem Unterschied dieser Positionen spielten die Richtlinien der Führungsspitze der

Nazipartei und A.Hitler persönlich die entscheidende Rolle, was über die Existenz der einigen Leitlinie sagen lässt.

Es gab eigene deutsche staatliche Organisationen, die sich mit der Angelegenheiten der Russischen Kirche beschäftigten. In der Reihenfolge der Grausamkeit von ihren Positionen können sie auf folgende Weise eingereiht: eine mildeste Position nahm das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten ein, weiter folgen Oberkommando der Wehrmacht und Militäradministration in Russland, dann folgen das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, das mit der Zeit den Orthodoxen Kirchen gegenüber ein bisschen nachgiebig wurde, mit viel großer Grausamkeit handelte Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und ganz feindlich war die Position der Leitung von der Nazipartei- des Leiters von Parteikanzlei M. Borman und A. Hitler selbst.

Auf der ersten Stufe beschützten die deutschen Ämter (insbesondere Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten) die Ausländische Russische Kirche und gleichzeitig betrieben sie konsequent die Politik von Integration der orthodoxen Gemeinde im III. Reich. Die auf solche Weise gestaltete Kampagne wurde auf den internationalen propagandistischen Effekt gerichtet. Das Regime der Nationalsozialisten wollte vor der Öffentlichkeit als Antipode der sowjetischen Regierung gelten, die nämlich in den 1930er Jahren aktiv die Russische Orthodoxe Kirche verfolgte. Außerdem gab es die Ziele die negative Auswirkung der ins Ausland eingedrungenen Information über die Drangsalierung der Katholischen und Lutherischen Kirchen zu mildern sowie die von der Orthodoxen bevölkerten Staaten- Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien an das Reich zu ziehen. Mit der Zeit begann das Ministerium für kirchliche Angelegenheiten sein eigenes Ziel zu verfolgen, das die anderen Ämter nicht teilten- der Ausbau der selbstständigen übernationalen Orthodoxen Kirche von Deutschland.



Adolf Hitler



Martin Bormann



Hitler ging aus der Kirche, 1931

Nach dem Anfang der Militäraktion auf dem Balkan im Frühling 1941 und im Juni -gegen die UdSSR hat die ehemalige Politik viel geändert. (die ersten Anzeichen dieser Änderungen waren im Generalgouvernement in Jahren 1939-1940 bemerkbar). Die Feindlichkeit der Russischen Orthodoxen Kirche gegenüber hat überhandgenommen. Auf sie wurden die Methoden des Zwanges ausgebreitet und erheblich gestärkt, die schon anderen Konfessionen gegenüber in Deutschland getestet wurden, wo sich die Richtlinie in der religiösen Frage auf die Zerstörung (innerlich und äußerlich) der gegebenen traditionellen Strukturen, "die Atomisierung" der Kirchen orientierte. Die Nazis versuchten die Russische Kirche auf einige getrennte Teile zu teilen (vor allem aufgrund des nationalen Kriteriums), und diese Teile total zu kontrollieren, dabei versuchten sie die kirchliche Organisationen für die Hilfe der Administration in den besetzten Gebieten und für Propaganda zu verwenden. Damit wurde noch die Änderung des Verhaltens den russischen Geistlichen in Emigration gegenüber verbunden- die Nazis versuchten sie völlig von der Ereignissen in Russland sowie von den gefangenen oder nach Deutschland für Arbeit gebrachten Mitbürgern zu isolieren.

Seit dem Juni 1941 interessierten sich die wichtigsten Nazibehörden für das Problem der Orthodoxen Kirche- Parteikanzlei, Reichssicherheitshauptamt, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und Außenministerium. Das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten wurde in den Hintergrund gedrängt, auf die besetzten Territorien der UdSSR wurde es sogar nicht zugelassen. Im Fall des Militärsieges des III. Reiches sollte die Orthodoxe Kirche mit eine neue, dritte Etappe der nationalsozialistischen kirchlichen Politik konfrontiert werden. Im Reichssicherheitshauptamt und in der Parteikanzlei wurde es geplant diese Kirche allmählich zu beseitigen und eine neue Religion für die besetzten Ostgebiete zu schaffen.

Abgesehen von dem anfänglichen äußerlichen Unterschied zwischen der nationalsozialistischen und sowjetischen religiösen Politik gab es viel Gemeinsames zwischen ihnen. Es ist mit dem Beispiel des Gebiets Wartegau (das Gebiet von Poznan) gut zu bemerken, das im Jahre 1939 zur Erprobungsstelle für die kirchlichen Experimenten von Nazis gewählt wurde. Wie in der UdSSR wurden dort die Klöster geschlossen, und die ganze religiöse Tätigkeit wurde zu dem Niveau der Gemeinden herabgestuft.

Seit Anfang des Krieges in der UdSSR beschlossen die Nazis kleine Zugeständnisse für die Orthodoxen in den besetzten Gebieten zu machen. In einigen Befehlen wird es gesagt, dass die religiöse Tätigkeit der einheimischen Bevölkerung nicht behindert werden soll, aber es geht auch nicht um die Ermunterung. Der Entwurf des nicht verabschiedeten Gesetzes von der Freiheit der Religionsausübung im Osten wurde sogar vorbereitet. Trotzdem dieses Gesetz zu unterschreiben war für Hitler wegen seiner innerlichen antichristlichen Position zu schwer, ganz zu schweigen von der Befürchtung des negativen Einflusses von diesem Befehl auf die Kirchen in Deutschland. Die wirkliche

religiöse Politik der Besatzungsadministration Deutschlands hat mit der Sowjetischen Vorkriegspolitik viel gemein. In seinem Befehl ab 16. August 1941 verordnete der Leiter vom RSHA Heydrich den Truppen von der Entwicklung der Situation in kirchlicher Frage in den besetzten Gebieten von der UdSSR zu berichten.



Eine der Besonderheiten der religiösen Politik von den Nationalsozialisten war die Tatsache, dass im Unterschied zu sowjetischen Machern fast alle Führer des III. Reiches mystisch, pseudoreligiös orientiert waren und dieser Seite große Aufmerksamkeit schenkten. Seit Ende der 1930er Jahre wurden die Pläne der Begründung von der "neuen Religion" erarbeitet. Von einem von diesen Plänen, die von dem amerikanischen Geheimdienst verschafft wurden, wurde in dem offiziellen Vortrag des Präsidenten von den USA Roosevelt Ende 1941. Ungefähr im Jahre 1939 erarbeitete der Dienst des Reichsleiters A. Rosenberg den anderen ausführlichen bezogen auf 25 Jahre Plan " Der Plan von der nationalsozialistischen religiösen Politik". Dort wurde es über die Notwendigkeit nach 25 Jahren die für jeden Bürger verpflichtende nationalsozialistische Staatsreligion einzuleiten. Beziehungsweise, wenn dieser Plan erfüllt worden wäre, litten die traditionellen Konfessionen davon sehr viel.

Schon im August 1941, zwei Monate später nach dem Anfang des Krieges in der UdSSR wurde die Grundlage der Richtlinie in Bezug auf die kirchliche Frage im Osten den persönlichen Direktiven Hitlers entsprechend erarbeitet. Die Behörden Deutschlands sollten die Russische Kirche aushalten und gleichzeitig zu ihrer maximalen Zerkleinerung auf die einzelnen Bewegungen beitragen, um die mögliche Konsolidierung der "leitenden Glieder" für den Kampf gegen das III. Reich zu vermeiden. Es gab auch die Aufgaben die Orthodoxie als geistige Macht, die von der Sowjetmacht verfolgt wird und

gegen Bolschewismus feindlich ist, auszunutzen, und die kirchlichen Organisationen für die Förderung der deutschen Administration in den besetzten Gebieten zu verwenden.

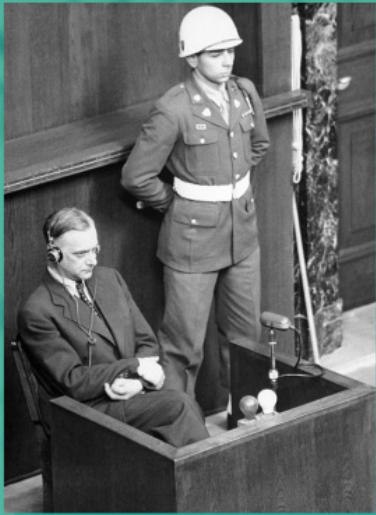
Die Direktiven Hitlers über das Verbot für die Militärangehörigen von Wehrmacht zu der Wiedergeburt des kirchlichen Lebens im Osten beizutragen waren nicht zufällig. In der zweiten Hälfte vom Jahre 1941 halfen einige Offiziere und die Vertreter der deutschen Militäradministration die Kirchen zu öffnen. Der Befehl war nicht genug das zu beenden, deshalb schrieb Hitler, der sich darum Sorge machte, neue ergänzende Direktiven. Sie wurden zusammen mit anderen 4 Direktiven am 2. Oktober 1941 in Form von Befehlen der Kommandeure von Heimatsgebieten der Gruppen von der Armeen "Norden", "Zentrum" und "Süden" veröffentlicht. Schon bald folgten die ergänzenden Direktiven von der Kriegsleitung, die den Truppen die Position erklärten, die sie in Bezug auf die Orthodoxe Kirche nehmen sollten. Allmählich kamen diese Direktiven zur Wirkung, und jederlei Hilfe der Kirche aufseiten der deutschen Truppen wurde aufgehört.

Denn in den besetzten Gebieten wurde nicht die Zivilverwaltung völlig herausgebildet, versuchten Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst in den ersten Monaten des Krieges mit der UdSSR den vorwiegenden Einfluß auf die religiösen Organisationen zu bekommen. Das gute Beispiel davon sind Belarus und die Ukraine. Die Ansichte der Sicherheitspolizei stimmten nicht immer mit den Ansichten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete überein. So wurden im RSHA die langfristigen Nachkriegspläne der religiösen Politik im Osten erarbeitet. Schon am 31. Oktober 1941 wurde die von Heydrich unterschriebene entsprechende geheime Direktive herausgegeben. Der totale Rassismus dieses Befehles lass uns das Schicksal der Orthodoxie im Fall des Siegs von Hitlerdeutschland nicht zweifeln. Sie würde vernichtet, und die "neue Religion" würde aufgezwungen, die viele christliche Dogmen einfach nicht hätte.

Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete beschäftigten sich mit solchen Plänen nicht. Es löste konkretere Aufgaben: "Frieden" der besetzten Gebiete, die Ausbeutung ihres Wirtschaftspotenzials zum Nutzen des III. Reiches, die Unterstützung von der Ortsbevölkerung der deutschen Administration usw. Deshalb wurde die große Aufmerksamkeit auf die Propaganda geschenkt und in Zusammenhang damit schien es sehr anziehend die religiösen Gefühle der Bürger auszunutzen. Es waren das Ministerium und seine ganz eigenständigen Reichskommissare gestalteten die kirchliche Politik der deutschen Behörden in der Ukraine, in Belarus und im Baltikum seit Ende 1941.

In seinen Angaben am 16. Oktober 1946 während des Nürnberger Prozesses A. Rosenberg sagte: "Nachdem die deutschen Truppen die Ostgebiete betreten hatten, schenken die Truppen die Freiheit der Gottesdienste auf eigene Initiative; als ich zum Minister der Ostgebiete wurde, genehmigte ich rechtmäßig diese Praxis mit dem Erlass über die "Freiheit der Kirche" Ende Dezember 1941". Solcher

Erlass wurde tatsächlich von Rosenberg geschrieben, aber wegen des Widerstands von den einflussreichen Opponenten, vor allem Bormann und Hitler selbst, wurde er nie verabschiedet. Die Erarbeitung des grundlegenden Gesetzes über die religiöse Freiheit in den besetzten Ostgebieten und die Verhandlungen darüber setzte für 7 Monate fort (vom Oktober bis zum Mai), und im Ergebnis wurde der letzte 18. Entwurf von Hitler strikt verworfen. Nur die verkürzte Variante der Aufklärungsbefehle zu dem nicht verabschiedeten Gesetz wurde in Form von eigenständigen Erlassen der Reichkommissarinnen.



Alfred Rosenberg während des Nürnberger Prozesses



Erich Koch



Hinrich Lohse

Der Gipfelpunkt der Verhandlungen war im Frühling 1942. Zu dieser Zeit beschäftigten sich die Nationalsozialisten mit der kirchlichen Frage in Russland sehr ernst wegen der religiösen Stimmung. Es ist wichtig zu bemerken, dass sich Hitler selbst mit den religiösen Problemen beschäftigte und sie für die wichtigsten im Fall der "Beherrschung der unterworfenen Völker" hielt. Am 11. April 1942 erzählte er in seiner Umgebung von seiner Vorstellung der religiösen Politik: die gewaltsame Zerkleinerung der Kirchen, zwanghafte Veränderung des Glaubens von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, das Verbot des Ausbaus "der einigen Kirchen für irgendwelche bedeutende russische Gebiete".

Die Direktiven von Rosenberg befolgend, verabschiedeten das Oberhaupt des Reichskommissariats der Ukraine E. Koch am 1. Juni und Reichskommissar G. Lohse am 19. Juni den Erlass, der alle religiösen Organisationen unter die ständige Kontrolle der deutschen Administration nahm. Es gab keine Erwähnungen von der Freiheit des Glaubens oder von der kirchlichen Tätigkeit, die Aufmerksamkeit wurde auf die Ordnung der Registrierung der Gemeinden der Gläubigen gerichtet, sie konnten nur die religiösen Aufgaben ausüben.

Auf solche Weise im Sommer 1942 wurde die Richtlinie der deutschen kirchlichen Politik im Osten auf Basis der Meinung der Parteikanzlei und persönlichen Befehle Hitlers erarbeitet. Alle, die mit diesem Herangehen nicht einverstanden waren, sollten nachgeben. Weiterhin änderte sich diese Linie wesentlich nicht, obwohl das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die Führerschaft der Wehrmacht von Zeit zu Zeit versuchten auf verschiedene Weise diese Linie ein bisschen zu mildern.

Um die Wiedergeburt der strengen und einigen Russischen Kirche nicht zuzulassen, unterstützten die Nationalsozialisten schon seit dem Herbst 1941 einige orthodoxe Hierarchen in der Ukraine, im Baltikum und in Belarus, die gegen das Moskauer Patriarchat auftraten und über ihr Vorhaben sagten die autokephalischen kirchlichen Organisationen zu begründen. Trotzdem stimmten die Reichskommissare dieser Regelung des Ministeriums nicht völlig zu. Im Baltikum verhielt sich H. Lohse tolerant zu der gut organisierten Russischen Kirche und ihrer Missionsarbeit im Nordwesten Russlands, aber er erlaubte keine Einigung von dem Baltischen Exarchat mit Belarus, wo er mit allen Mitteln aber ohne Erfolg, zu der Entwicklung des kirchlichen Separatismuses beitrug.



Fast alle von den deutschen Truppen besetzten russischen Gebiete befanden sich im Frontbereich und wurden von der Militäradministration geleitet, die in vielen Fällen in ihren praktischen Maßnahmen die nationalsozialistische Richtlinie in Bezug auf die Russische Kirche milderte. Besonders erfolgreich im Vergleich zu anderen Gebieten war die Situation im Nordwesten Russlands, wo die Orthodoxe

Geistliche Mission von Pskow erfolgreich arbeitete. Das Oberhaupt von dem Baltischen Exarchat des Moskauer Patriarchats Metropolit Sergij (Woskresenskij) konnte schon Mitte August 1941 die Genehmigung der militärischen Führung zur Begründung der Mission erhalten und im folgenden schenkte er ihrer Arbeit bis zu seinem Mord (im April 1944) große Aufmerksamkeit. Die religiöse Wiedergeburt in verschiedenen Gebieten Russlands lief sehr aktiv und wurde mit dem Wachstum des nationalen Selbstbewusstseins eng verbunden.

Einige Veränderungen in der kirchlichen Politik von Nazis ereigneten sich Ende 1943-1944. Denn der RSHA möchte der sowjetischen Propaganda entgegenarbeiten, gab der Amt mit Zustimmung der Parteikanzlei die Anregung die Reihe der Konferenzen von den orthodoxen Bischöfen zu veranstalten, und aktivierte auf solche Weise das kirchliche Leben. Zuerst wurde die Konferenz der Hierarchen von der Ausländischen Russischen Kirche in Wien am 8.-13. Oktober 1943 veranstaltet, das Verhalten zu der seit 1941 sehr alarmierend und feindlich war. Weiter fand die Reihe solcher Konferenzen im März-April 1944 statt: zwei- in Warschau- die Konferenz der Bischöfen der autokephalischen und autonomen Ukrainischen Kirchen, in Minsk- die Konferenz der Hierarchen der Kirche von Belarus und in Riga- die Konferenz den Geistlichen der Baltischen Exarchat der Moskauer Patriarchats.

Zur gleichen Zeit kam das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete auf die alte Idee der Unterstützung der nationalen Kirchen und vor allem der Begründung der einigen Ukrainischen Kirche mit der Durchführung des Landeskonzil der ganzen Ukraine und den Wahlen des Patriarchen zurück (dabei zwei Kandidaten schon ausgewählt wurden). Zum Mai 1944 waren die Bischöfe von der autokephalen und autonomen Kirchen schon in der Evakuierung in Warschau. Eigentlich beschäftigten sich die Nationalsozialisten 1944 mit der kirchlichen Politik sehr aktiv. Aber in die Pläne des Ministeriums mischte sich der Angriff der sowjetischen Truppen ein. Die ukrainischen Bischöfe sollten in der Eile aus Warschau nach Slowenien ausgelagert werden.

Anfang 1945 beschäftigte sich das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete mit den kirchlichen Angelegenheiten sehr wenig. Gleichzeitig setzten sie fort die Aufmerksamkeit der Parteikanzlei zu wecken. Am 29. Januar schrieb Bormann dem Reichsminister für Propaganda Goebbels darüber, dass es keine Meinung von den Wahlen des neuen Moskauer Patriarchen (Alexij I.) entweder in der Presse oder in den Funksendungen geäußert werden soll. Sie versuchten über die Wahlen zu schweigen, weil es keine Argumente für die Gegenpropaganda gab.

Die Handlungen der Nationalsozialisten vor dem Rückzug aus den besetzten Gebieten- die massenweise Verbrennung und Ausplünderung der Kirchen bis hin zum Ausbau der Glocken, die Deportation und Morde der Geistlichen zeigten ihre Feindlichkeit im Bezug auf die Orthodoxie. Nur im Gebiet Leningrad zerschlugen die Nazis 44 Kirchen, und im Gebiet Moskau- ungefähr 50 Kirchen usw. Insgesamt, nach dem Bericht der Außerordentlichen Staatlichen Kommission für die Feststellung und

Untersuchung der Gräueltaten der deutsch-faschistischen Aggressoren, haben sie 1670 orthodoxen Kirchen, 69 Kapellen und 1127 Gebäuden von anderen religiösen Kulturen zerschlagen und beschädigt.



Die stürmische Entwicklung des kirchlichen Lebens in den besetzten Gebieten der UdSSR begann spontan und nahm sofort Massencharakter an. Die Politik der Nazis bestand in der Zerkleinerung der Kirche, der Ausnutzung von der Kirche für die Hilfe der deutschen Administration und Abschaffung der Orthodoxie nach dem Ende des Krieges. Das Streben nach der "Atomisierung" des religiösen Lebens äußerte sich in der Unterstützung der Hierarchen, die gegen das Moskauer Patriarchat waren. Aber in Realität wurde die Russische Orthodoxe Kirche in allen besetzten Gebieten wiederhergestellt, obwohl sie dreifach geteilt wurde. Es ist nicht gelungen die separatistischen nationalen Kirchen außer der Ukraine aufzubauen, und sogar in der Ukraine folgte dieser Kirche die Minderheit der Geistlichen und Gläubigen. Nicht nur der Glaube der Russen, sondern auch die Russische Kirche als Organisation erwies sich stärker und zählebiger als die Nationalsozialisten glaubten.

Die geöffneten Kirchen wurden zum Zentrum des russischen nationalen Selbstbewusstseins, der Bezeugung vom nationalen Empfinden. Um die Kirchen herum einigte sich die Mehrheit der Bevölkerung. Insgesamt wurde für 3 Jahre der Besetzung in den Bedingungen des Hungers, Zerfalls und Mangels von materiellen Möglichkeiten mehr als 40% der vorrevolutionären Anzahl der Kirchen aufgebaut. Ihre Gesamtanzahl war zumindest 9400 gleich. Außerdem wurden ungefähr 60 Klöster aufgebaut (45 in der Ukraine, 6 in Belarus und 8-9 in der RSFSR).

Die Folgen der religiösen Wiedergeburt in den besetzten Gebieten von der UdSSR waren hervorragend. Es ist zweifellos, dass sie einen bemerkbaren Einfluss auf die Veränderung der religiösen Politik der sowjetischen Führung während des Krieges ausgeübt hat. Die religiöse Stimmung hat gezeigt, dass es den Verfolgungen der 1920-1930er Jahre nicht gelungen den Glauben der Leute und die Grundlagen des Gemeindelebens zu zerstören.

Das religiöse Leben in den besetzten Gebieten von der UdSSR ist zum Bereich der spitzen Auseinandersetzung von Ideologie und Propaganda zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem sowjetischen Staat und dem Moskauer Patriarchat. In der ersten Phase dieser Auseinandersetzung hatte Deutschland einen Vorsprung, aber später begann es sie zu verlieren. Je weiter, desto mehr wurde die kirchliche Tätigkeit in der Besetzung aus Moskau und Uljanowsk kontrolliert (Uljanowsk war die Residenz des Oberhauptes der Russischen Orthodoxen Kirche Metropolit Sergij vom Oktober 1941 bis zum August 1943).



Seit 1943 traten beide die sowjetische Führung und das Patriarchat zusammen in Angriffsaktion. Es wurde die Versuche intensiviert den Einfluss auf das religiöse Leben zu erweitern. Und es ist zum Teil gelungen: die Verbindung mit Metropolit Alexander (Inozemzev), Metropolit Sergij (Woskresenskij) und anderen Hierarchen hergestellt. Die propagandistischen Aktionen wurden auch gesteigert. Als Ergebnis wurde die Anzahl der Befürworter des Moskauer Patriarchats 1943-1944 ständig gestiegen.

Und nach der Ausstoßung der deutschen Truppen wurde die überwältigende Mehrheit der ukrainischen, belarussischen, baltischen Pfarreien ohne Schwierigkeiten zum Bestandteil des Patriarchats. Es war sogar leichter mit den Klöstern. Fast alle Klöster glaubten sogar während der Besetzung, dass sie kanonisch zum Moskauer Patriarchat gehörten. Auf solche Weise hat das faschistische Deutschland gegen Ende des Krieges eine Niederlage nicht nur in Militär- und Wirtschaftsbereich, sondern auch im Bereich der religiösen Politik erlitten.

Quelle: <https://mospat.ru/de/authors-analytics/60983/>